

Familienpolitischer Standpunkt des pro familia Landesverbandes NRW

pro familia steht als Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung mit ihrer Aufgabe der Beratung bei Schwangerschaft für ein humanistisches Menschenbild, in dessen Mittelpunkt die Freiheit des Menschen in eigener Verantwortung und das Leitbild sozialer Gerechtigkeit stehen. pro familia ist eine Nicht-Regierungs-Organisation, überparteilich und nicht konfessionell gebunden.

Unsere folgenden grundlegenden Überzeugungen basieren auf den allgemeinen Menschenrechten:

- ◆ Jeder Mensch hat das Recht, über seine Sexualität selbst zu bestimmen, das heißt, entsprechend seinen sexuellen Orientierungen und Bedürfnissen seine Beziehungen zu gestalten. Dabei hat jeder Mensch soziale Verantwortung; vor allem dürfen andere Menschen durch dieses Recht nicht in ihrer Persönlichkeit verletzt werden.
- ◆ Jeder Mensch hat ein Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, auf Schutz vor sexueller Diskriminierung und sexualisierter Gewalt. Jugendliche und Kinder sind besonders zu schützen.
- ◆ Jeder Mensch hat ein Recht auf optimale Gesundheitsversorgung und Gesundheitsschutz, zum Beispiel bei der Wahl geeigneter Verhütungsmethoden, während einer Schwangerschaft und Geburt, bei Methoden des Schwangerschaftsabbruchs oder bei der Behandlung von unerfülltem Kinderwunsch.
- ◆ Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob und wann die Geburt eigener Kinder erwünscht ist.

Daraus abgeleitet muss Familienpolitik die Rahmenbedingungen schaffen, die erforderlich sind, um

- ◆ Persönlichkeitsentwicklung und Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen Familienmitglieds so zu fördern, dass sie zur Wahrnehmung der vorgenannten Rechte und Pflichten befähigen,
- ◆ Benachteiligungen aufzuarbeiten,
- ◆ soziale Gerechtigkeit und die Gleichbehandlung der Geschlechter zu fördern.

Wir verstehen unter Familie alle Lebensgemeinschaften, in denen Kinder leben. Familienformen, die Lebensrealität von Familien, die Lebensentwürfe von Müttern und Vätern und die Lebenssituation von Kindern haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die wachsenden individuellen Möglichkeiten jedes Einzelnen, für sich selbst eine ganz spezifische Lebensform zu wählen, sowie unterschiedliche kreative Bewältigungsstrategien haben eine große neue Vielfalt von Familienformen mit sich gebracht, die Familienpolitik wahrnehmen und akzeptieren muss.

Immer mehr Kinder wachsen in interkulturellen Familien (binationale Familien, Migrantenfamilien) auf. Dies muss als Realität und Normalität wahrgenommen und berücksichtigt werden.

Wir sehen in dieser Vielfalt einen Reichtum an Lebensformen und setzen uns ein für eine Familienpolitik, die alle Familienformen gleichstellt.

Unterstützt und gefördert werden muss ein gesellschaftliches Klima, in dem gleichberechtigtes Nebeneinander von Familien unterschiedlicher Kultur, Religion und Nationalität möglich ist. Im Umgang mit Familien muss jedes Familienmitglied mit seiner kulturellen und sexuellen Identität gesehen werden unter Achtung der Persönlichkeitsrechte Anderer.

Unabhängig davon, in welcher konkreten Familienform Kinder aufwachsen, übernehmen Familien zentrale gesellschaftliche Aufgaben. Familie ist ein System, in dem sich alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegenseitig unterstützen sollten.

Für Jugendliche und junge Erwachsene hat das positive Zusammenleben in der Familie eine hohe Priorität. Familien übernehmen die Aufgabe und die Verantwortung, die Rechte der heranwachsenden Generation auf Förderung, Entwicklung und Schutz in der Gemeinschaft zu verwirklichen.

Familien brauchen nicht nur Entlastung, worauf das Bundesverfassungsgericht bereits eindringlich verwiesen hat. Familien brauchen Stärkung und Ermutigung zur Wahrnehmung ihrer wichtigen Aufgabe. Die individuellen Belange von Familienmitgliedern mit Behinderungen sind besonders zu berücksichtigen.

Die Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern sind so zu gestalten, dass Zeit für Versorgungs- und Betreuungsleistungen in der Familie bleibt sowie für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern am Erwerbsleben und die Aufteilung der Erziehungsarbeit soll ermöglicht werden.

Ständig müssen alle geltenden strukturellen gesellschaftlichen Bedingungen darauf überprüft werden, ob sie eine solche gleichberechtigte Teilnahme behindern oder gar verhindern.

Wir fordern:

- ◆ den Ausbau eines umfassenden öffentlichen und betrieblichen Kinderbetreuungsnetzes, Kinderbetreuung für unter 3-jährige, flexible Öffnungszeiten von Kindergärten, Ganztagschulen und weiterführende Schulen, Betreuungs- und Bildungsangebote nachmittags und in den Ferien.
- ◆ die konsequente Umsetzung des Teilzeitarbeitsgesetzes sowie Teilzeitausbildungsplätze.
- ◆ Maßnahmen zu einer Rückkehr in den Beruf nach einer Elternzeit.
- ◆ eine Existenzsicherung in der Elternzeit als Ersatz für den Verdienstausschlag.
- ◆ existenzsicherndes Kindergeld für alle Kinder.
- ◆ eine gezielte Förderung aller Betriebe, die Väter und Mütter in ihrem Anspruch auf Elternzeit unterstützen.
- ◆ die Finanzierung von sexualpädagogischen Projekten zur gesellschaftlichen Wertediskussion und zum Rollenverständnis
- ◆ den weiteren Aus- und Aufbau eines umfassenden Netzes verschiedener Beratungsangebote zur Bewältigung von Konfliktsituationen in Familien.
- ◆ die Bearbeitung aller Familienförderungsmaßnahmen in einem Amt für Familienförderung.

Der „Familienpolitische Standpunkt des pro familia Landesverbandes NRW“ wurde in der Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 16.11.2002 diskutiert und beschlossen. Im Auftrag der Mitgliederversammlung hat der Arbeitskreis Soziales (AKS) des Landesverbandes im den aus dem familienpolitischen Standpunkt abzuleitenden aktuellen Forderungskatalog erarbeitet.

